

05 - Entwicklung und strategische
Steuerung Bildung und Soziales
Daniela Krüger

Datum:
19.10.2020

Anfrage

Beschließendes Gremium:
Sozial- und Gesundheitsausschuss

Anfrage "Hilfsangebote der Verwaltung an das Wohnprojekt Unfug nach Untersagung der Nutzung der Bauwagen zu Wohnzwecken" der Fraktion Die Linke vom 19.10.2020, eingegangen am 19.10.2020

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
Ö	17.11.2020	Sozial- und Gesundheitsausschuss

Sachverhalt:

Siehe Anfrage "Hilfsangebote der Verwaltung an das Wohnprojekt Unfug nach Untersagung der Nutzung der Bauwagen zu Wohnzwecken" der Fraktion Die Linke vom 19.10.2020, eingegangen am 19.10.2020

Beschlussvorschlag:

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

- a) für die Erarbeitung der Vorlage:
 - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
 - Ja
 - Nein
 - Teilhaushalt / Kostenstelle:
 - Produkt / Kostenträger:

Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

Anlage/n:

- Anfrage "Hilfsangebote der Verwaltung an das Wohnprojekt Unfug nach Untersagung der Nutzung der Bauwagen zu Wohnzwecken" der Fraktion Die Linke vom 19.10.2020, eingegangen am 19.10.2020

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein-stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltungen	lt. Beschluss-vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto-kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

**An den Oberbürgermeister
Den Rat der Hansestadt Lüneburg
Ochsenmarkt
21335 Lüneburg**

19.10.2020

Anfrage zur nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses: *Hilfsangebote der Verwaltung an das Wohnprojekt Unfug nach Untersagung der Nutzung der Bauwagen zu Wohnzwecken*

Sehr geehrte Frau Steinrücke,

seit dem 01.07.2020 ist es den Bewohner*innen des Wohnprojekts *Unfug* in der Konrad-Adenauer-Straße 120 untersagt, die auf ihrem eigenen Grundstück aufgestellten Bauwagen zu Wohnzwecken zu nutzen. Hierdurch sind faktisch sechs Erwachsene und zwei Kinder obdachlos geworden.

Der Oberbürgermeister hat in mehreren Ratssitzungen – zunächst in der Ratssitzung vom 02.07.2020 (d.h. nach Inkrafttreten der Nutzungsuntersagung zu Wohnzwecken) und erneut in der vergangenen Ratssitzung vom 01.10.2020 – die Aussage gemacht, dass den betroffenen (nunmehr leider ehemaligen) Bewohner*innen gegenüber Hilfsangebote gemacht worden seien und Wohnraum angeboten worden sei.

Die Gruppe *DIE LINKE. Gruppe im Rat der Hansestadt Lüneburg* bittet daher in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Hilfsangebote wurden seitens der Verwaltung an die (ehemaligen) Bewohner*innen des Wohnprojekts *Unfug* gemacht, und zwar (*bitte aufschlüsseln*)

- zu welchem Zeitpunkt,
- durch welchen Bereich der Verwaltung,
- an welche Adressat*innen und
- in welchem Medium?

2. Welche Wohnlösungen wurden konkret angeboten, und zwar (*bitte aufschlüsseln*)

- zu welchem Zeitpunkt,
- welcher Art (z.B. Wohnung, Hotelzimmer, Obdachlosenunterkunft etc.),
- an welchem Standort,
- an welche Adressat*innen,
- als temporäre oder als dauerhafte Lösung?

Mit freundlichen Grüßen



Annika Weinert-Brieger

Stellvertretende Vorsitzende der Gruppe *DIE LINKE. Gruppe im Rat der Hansestadt Lüneburg*